

Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung.

Dienstag, 23. Mai.

In der gestrigen zweiten Hauptversammlung begrüßte Oberpräsident von Gögler die Versammlung im Namen der Staatsregierung. Gerade im Osten müßten alle patriotisch gesinnten Männer und Frauen sich verbinden. Das hier jetzt lebende Geschlecht sei zum Theil, politisch betrachtet, noch nicht deutsch geboren. Westpreußen gewisse noch nicht alle Früchte des neuen deutschen Reiches. Die alte deutsche Kultur in der Provinz, die u. A. in herrlichen Bauten sich darstelle, habe in der politischen Zwischenzeit eine gänzliche Unterbrechung erfahren. Friedrich der Große mußte hier von Neuem aufbauen. An dieser Arbeit, die in unsern Tagen besonders ernstlich aufgenommen worden sei, könne auch die Gesellschaft für Volksbildung in Stadt und Land mitwirken. Westpreußen verdiene es, daß sich Altbundesland darum kümmerge, und dadurch werde zugleich dem ganzen Vaterlande ein großer Dienst gethan. (Lebhafte Beifall.) Abg. Richter dankt für die Begrüßung und das Vertrauen, das die Staatsbehörden der Gesellschaft entgegenbringen, insbesondere für die Förderung der Volksbibliotheken. Die Gesellschaft sei sich der Schwierigkeiten bewußt, hoffe aber, diese zu überwinden und im Bunde mit den Staats- und Gemeindebeamten und bemittelten Privatleuten zum Ziele zu gelangen. Auf dem geistigen Gebiete werde sie für die deutsche Kultur mit allen Mitteln eintreten.

In der der Hauptversammlung vorausgegangenen Sitzung des Zentralausschusses ist beschlossen worden, dem Vorstande bis zu 3000 Mark über den Etat hinaus zur Veranstaltung von Vorträgen zur Verfügung zu stellen. Die Vorträge sollen insbesondere das Interesse für die Volksbibliotheken erwecken. Die Generalversammlung ist mit dem Beschluß einverstanden. Ferner sind die Herren Oberbürgermeister Witting-Polen, Bürgermeister Brinckmann-Königsberg und Professor Dr. v. d. Velde-Görlich zu Mitgliedern des Zentral-Ausschusses gewählt worden.

Nunmehr nimmt Herr Generalsekretär J. Tenss-Berlin das Wort zu seinem Vortrage über: Umrissende Organisation für die Begründung von Volksbibliotheken im deutschen Reich. Die mit Beifall aufgenommenen Ausführungen gipfeln in folgenden Urtheilen und praktischen Vorschlägen: 1. Gut eingerichtete Volksbibliotheken sind in allen größeren und kleineren Ortschaften ein dringendes Bedürfnis. 2. In organischer Verbindung mit denselben sollten wenigstens in allen größeren und mittleren Orten Leihbibliotheken errichtet werden, in denen in erster Linie Tageszeitungen, Zeitchriften und Nachschlagewerke vorhanden sind. 3. Die allgemeine Einrichtung guter Volksbibliotheken und Leihbibliotheken wird am schnellsten erreicht werden, wenn die Gemeinden und die für Führung der Volksbildung interessierten freien Vereinigungen Hand in Hand mit einander arbeiten, und der Staat im Bedürfnisfälle mit Unterstützungen eintritt. 4. Die der Gesellschaft für Volksbildung angehörigen Vereine müssen die Begründung von Volksbibliotheken seitens der Gemeinden nachdrücklich anregen, und soweit dies ohne Erfolg ist oder nicht praktisch erscheint, selbst Bibliotheken und Leihbibliotheken errichten. 5. Da gut geleitete Bildungsvereine mit Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erfahrungsgemäß in der Lage sind, größere und kleinere Ortschaften mit zeitgemäßen Leihbibliotheken zu versorgen, so kann den Gemeinden, welche Bedenken tragen, kommunale Leihbibliotheken ins Leben zu rufen, empfohlen werden, die hierzu geeigneten Vereine kräftig zu unterstützen. 6. Behufs Austausch größerer und kostspieliger Werke müssen benachbarte Gemeinden und Vereine mit einander in Verbindung treten. 7. Die Verwaltung der Bibliotheken und Leihbibliotheken liegt am besten in der Hand eines besonderen Bibliotheks-Vorstandes, der sich möglichst aus allen interessierten Kreisen zusammensetzt. Insbesondere empfiehlt es sich, in den Vorständen der von den Gemeinden unterhaltenen Bibliotheken Vertreter von Vereinen und anderen Körperschaften, welche die Bibliotheken unterstützen, als Mitglieder aufzunehmen. 8. Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung möge in derselben Weise wie bisher, aber in größerem Umfange, den Gemeinden und Vereinen bei der Begründung und Unterhaltung von Volksbibliotheken Beihilfe gewähren, insbesondere durch Herausgabe von Katalogen und Anleitungen, durch unentgeltliche Verwendung von Büchern, durch Sammlung und Veröffentlichung von Mittheilungen über zeitgemäße Leih-Einrichtungen, durch Begründung von Leih-, Bibliotheks- und Bildungsvereinen und durch Vereinigung derselben zu Austauschgruppen. 9. Der Musterkatalog der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung werde so erweitert, daß darin möglichst alle hervorragenden volksthümlichen Erscheinungen der deutschen Literatur, sowie Uebersetzungen der besten ausländischen Werke dieser Art Aufnahme finden. Der Vorstand möge sich zu diesem Zwecke mit anderen Vereinigungen und sachkundigen Personen in Verbindung setzen, und der Katalog werde alljährlich durch Aufnahme neuer Erscheinungen ergänzt. 10. Die Gesellschaft richtet an alle Kreise der Bevölkerung die Bitte um materielle und geistige Unterstützung dieser Arbeit. Herr Oberbürgermeister Bräunle-Bronberg nimmt als Korreferent das Wort und berichtet insbesondere über seine Erfolge bei der Errichtung einer Volksbibliothek mit Leihbibliothek in Bromberg. Bei seinen ersten Versuchen sei er überall auf Widerstand gestoßen. Man habe behauptet, es sei kein Bedürfnis vorhanden. Er habe deswegen auf den Volkskassen das Interesse zu erwecken gesucht und dies durch kurze Vorträge erreicht. Auf eine Aufforderung aus der Bevölkerung wurde die Volksbibliothek aus den Ueberschüssen der Unterhaltungsabende ins Leben gerufen und durch Schenkungen zunächst auf 1000, dann auf 2000 Bände gebracht. Die Stadt unterstützte die Bibliothek durch freies Lokal und freie Heizung. In wöchentlich zwei Stunden wurden jährlich 10 000 Bände ausgeliehen. Es wird ein Ueberschuss von 3 bezw. 5 Pfennig erhoben. Auch die mit der Volksbibliothek verbundene Leihbibliothek wird stark besucht. Die Leihbibliothek habe eine große soziale Bedeutung. Sie giebt den Beweis, daß das

Bildungsbedürfnis in den sogenannten niederen Klassen ein recht bedeutendes ist. Leider sei das finanzielle Ergebnis kein günstiges, weswegen Redner die Bibliothek der Stadt übergeben wollte. Die Volksbibliothek sei eine so wichtige Einrichtung, daß sie aus öffentlichen Mitteln erhalten werden müsse. Redner weist auf England hin, wo die Gemeinden das Recht haben, für die Bibliotheken eine besondere Steuer zu erheben. Er theilt die Bedenken nicht, die gegen die Gemeindebibliothek erhoben werden und schließt mit dem Antrage, die Versammlung möge sich dafür aussprechen, daß neue Volksbibliotheken thunlichst nur von den Gemeinden eingerichtet und mit Leihbibliotheken verbunden werden.

In der Diskussion theilt Abg. Richter mit, daß seitens der Regierung die Bearbeitung eines Katalogs veranlaßt werden dürfte. Die Unterstützungen der Gesellschaft müßten besonders den ärmeren und kleineren Gemeinden zu Gute kommen, größere und reichere Gemeinden müßten sich selbst helfen. Die begüterte Bürgergesellschaft müsse sich der Sache in ganz anderer Weise annehmen. Man solle lieber auf unbilligen Luxus verzichten. Mit Beifall sei er im Ziel einverstanden, aber zunächst müsse noch das Interesse angeregt werden, um den Widerstand in kommunalen Kreisen zu beseitigen.

Schuldirektor Pache-Leipzig spricht über den gegenwärtigen Stand des Fortbildungsschulwesens in den deutschen Staaten und die Maßnahmen zur weiteren Förderung desselben. Richter in allen deutschen Staaten ist der Fortbildungsschulwesen durchgeführte. Ohne diesen ist es aber nicht möglich, daß die Fortbildungsschule allen Knaben und Mädchen zu Gute kommt. Ebenso notwendig wie der Schulzwang ist die innere Ausgestaltung des Unterrichts, insbesondere die Fortbildungsschule so zu organisieren, daß sie zu dem Berufsleben in die engste Beziehung tritt. Das setzt eine gründliche volkswirtschaftliche Bildung der Fortbildungsschullehrer voraus. Der Verband für Fortbildungsschulen hat Fortbildungskurse in Leipzig eingerichtet, welche die Aufgabe haben, die Lehrer entsprechend auszubilden. Als Vertreter der obligatorischen Fortbildungsschule sei er doch kein Gegner der freiwilligen Anstalten, die sich große Verdienste erworben hätten und in Zukunft die Krone und der Abschluß der obligatorischen Schule sein müßten. (Beifall.) Redner legt seine Beifassung vor. Die Veranlassung erklärt sich mit den folgenden Einwendungen: 1. Es ist dringend geboten, auf die Landesgesetzgebung behufs Einführung des Fortbildungsschulzwanges für beide Geschlechter einzurwirken. 2. Für Preußen dürfte sich empfehlen, die Einführung des Fortbildungsschulzwanges der Beschlußfassung der Provinziallandtage zu überweisen. 3. Die der Gesellschaft angehörenden Einzelvereine werden ersucht, in diesem Sinne zu wirken. 4. Das um die Volksbildung hochverdiente freie Fortbildungsschulwesen soll in der Gestalt der Berufs- und Lehrlingsschulen mit unpassenden Zielen und der eigentlichen Fachschule erhalten und weiter verbreitet werden.

Als letzter Referent spricht Abg. Richter über Stiftungen für Bildungs- und Unterrichtszwecke. Redner muß sich wegen der vorgerückten Zeit leider recht kurz fassen. Eine Zusammenstellung der sämtlichen Stiftungen dieser Art existiert in Preußen nicht. Aus den vom Kultusministerium gegebenen Zusammenstellungen ergibt sich, daß für Bildungszwecke nur verhältnismäßig geringe Mittel geknüpft werden. Referent macht nähere Mittheilung über die Gesellschaft in Dresden, sowie über das Rudolf-Mosse'sche Erziehungsheim in Wilmersdorf bei Berlin. Das letztere ist mit einem Aufwand von 600 000 Mark errichtet und kostet jährlich 70 000 Mark. Aufgenommen werden 100 Kinder aller Konfessionen, deren Eltern den gebildeten Berufen angehören. Die Einrichtung der Anstalt entspricht allen Anforderungen der Gegenwart. Die Kinder bleiben darin vom 6. bis 16. Jahre. Bei Hannover besteht eine ähnliche landwirthschaftliche Anstalt dieser Art. Referent schließt mit der Bitte, der Gesellschaft Mittheilungen über ähnliche Stiftungen zugehen zu lassen, die als schöne Beispiele opferwilligen Bürgerthums veröffentlicht werden sollen. Der Vorsitzende schließt alsdann die Versammlung mit einem herrlichen Dank an alle Anwesenden, insbesondere an die Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden für ihre Theilnahme an den Arbeiten der Gesellschaft.

Die österreichisch-ungarische Marine.

Wien, 23. Mai. Die ungarische Delegation hielt heute Nachmittag eine Plenarsitzung ab, in welcher der Vorschlag für die Kriegsmarine beraten wurde. Franz Volgar glaubt die Ansicht aller Mitglieder der Delegation auszudrücken, wenn er feststellt, daß die Kriegsmarine Gegenstand der allgemeinen Sympathie sei. Die Tätigkeit, welche in diesem Zweige der Wehrmacht entfaltet werde, gereiche dem Vaterland nur zur Ehre. Mit Freuden konstatire er, daß der Vorschlag der Marine ein Muster eines Budgets sei; er votire dasselbe und wolle hierbei dem Offizierkorps der Marine Dank und Anerkennung für die musterhafte Haltung aussprechen, mit welcher sie die Monarchie in fernem Ländern vertreten habe. Er erachte es jedoch für eine Pflicht, auf die bezüglich der Kriegsmarine umlaufenden Gerüchte hinzuweisen. Das Budget selbst enthalte nichts Auffallendes; was bedeute dann aber der Karm, mit dem gewisse Flottenpläne fortgesetzt werden? Der Minister des Auswärtigen habe die in diesem Jahre eingestellten Mehrkosten als einen ersten Schritt bezeichnet, und von einer stufenweisen Vermehrung der Flotte gesprochen. Angesichts der aufgetauchten Widersprüche sei es Pflicht des Marine-Ausschusses, sich mit dieser Frage eingehend zu befassen. Finanzminister Baron von Kalay erwiderte hierauf: Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich meinerseits weder ein Dunkel, noch einen Gegenfall sehe. In Betreff der Gerüchte muß ich bekennen, daß wir für dieselben keine Verantwortung übernehmen und uns auch nicht mit denselben identifizieren können. Was in Zukunft sein wird, kann heute kein Mitglied der Regierung wissen. Wir können nicht mit einem großartigen Flottenplane hervortreten, weil ein solcher heute nicht existirt. Womit die Regierung nach einigen Jahren hervortreten wird, das wissen wir nicht. Thatsache ist, daß Verbesserungen und Ergänzungen vorgenommen werden müssen, wenn wir den gegenwärtigen Zustand der Marine erhalten wollen. Dieses Schiff, dessen Kosten in das Budget aufgenommen sind, dient eben dafür, eine solche Ergänzung zu bilden, und solche alte Schiffe giebt es noch mehr, welche nach und nach oder in schnellerem Tempo je nach den Umständen und wie es die finanzielle Lage gestattet, ausgetauscht oder ausgemustert und durch andere ersetzt werden müssen. Der Minister des Aeußern hat auch von keiner großen Kolonialpolitik gesprochen, sondern davon, daß eine Vermehrung der Flotte sehr notwendig wäre, um unseren Handel in ferneren Welttheilen wirksam zu unterstützen. Dies kann absolut keinen anderen Sinn haben, als den, daß, wenn sich unser Handel so weit entwickelt, daß es notwendig ist, ihn mit einer Flotte zu unterstützen, es kein Parlament und keine Delegation geben wird, welche diese zu sehr nützlichen Anschaffungen dienenden Kosten verweigern würde. Wenn aber unser Handel aus irgend welchen Ursachen sich nicht so entwickeln würde, daß er sich auch in fernere Länder ausbreitet, so wird eine Vermehrung der Flotte zu diesem Zwecke auch nicht notwendig sein. Es ist aber notwendig und wird auch notwendig sein, die Flotte nicht nur zu erhalten, sondern, wenn möglich, zu kräftigen, mit Rücksicht auf jene Kräfte, welche der Begriff des Küstenschutzes mit sich bringt. Aus diesem Grunde hoffe ich, daß die Delegation die für das Schiff geforderten Kosten bewilligen wird. Sie binde ich damit nicht die Hände, da ja eine Delegation durch die Beschlüsse der anderen nicht gebunden ist. Graf Stefan Keglevich erklärt, er stimme für den Vorschlag, weil derselbe nichts Beunruhigendes enthalte. Graf Stefan Tisza führt aus, der Vorschlag für die Kriegsmarine bewege sich in normalem Rahmen und weise keinerlei Schemenänderung auf. Wie wichtig man auch die Kriegsmarine erachte, so müsse man doch auf diesem Gebiete mit der größten Vorsicht zu Werke gehen. Jeder ernste Mensch in Ungarn wünsche die Macht und das Ansehen der Monarchie durch Entwicklung der Wehrkraft zu fördern, wenn sich auch in der jüngsten Zeit das Interesse anderer Großmächte fernerer Erdtheilen zunehme, so sei doch keinerlei Grund vorhanden, deren Beispiel zu folgen. Österreich-Ungarn müsse seine Kräfte auf die Landmacht konzentrieren. Mit diesem Vorbehalte stimme er für den Vorschlag. Graf Apponyi erklärt, er stimme mit Tisza vollständig überein. Ein gewisses Dunkel, um nicht zu sagen, ein Widerspruch, bestehe zwischen dem Budget und einzelnen Aeußerungen der Minister, weshalb eine Aufklärung wünschenswerth wäre. Auf der Grundlage, auf welche sich der Ausschussbericht gestellt habe, stimme er für den Vorschlag. Die Delegation genehmigt sodann den Vorschlag im Allgemeinen und die Details. Hierauf werden ohne Debatte die Schlussrechnungen für das Jahr 1896 und der Vorschlag für die okkupirten Provinzen genehmigt. Die Sitzung wurde damit geschlossen.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Ein in New-York eingetroffenes Telegramm aus St. Pierre (Martinique) meldet aus anscheinend guter Quelle, daß das Geschwader des Admirals Cerbera nach den Gefahren von Martinique zurückgekehren werde, um Kohlen einzunehmen. Die französischen Behörden hätten der „Alcantara“ und dem Torpedobootzerstörer „Terror“ nicht gestattet, von dem „Twickenham“ in Port de France Kohlen überzuladen. Man glaube, daß die beiden spanischen Schiffe in Folge dessen auf hoher See von der „Twickenham“ Kohlen erhalten werden und daß letztere alsdann der Flotte entgegenfahren dürfte. — Aus Haag wird gemeldet: Der Gouverneur von Curaçao theilte dem Ministerium des Aeußern mit, daß nur zwei spanischen Schiffe die Inseln erreicht worden seien, in den Hafen einzulaufen gemäß den Vorschriften der Neutralität. In Folge derselben habe der Gouverneur die weiteren Forderungen des spanischen Admirals abgelehnt. Am Kohlen sei für die zwei Schiffe, die am Tage nach ihrer Ankunft den Hafen wieder verlassen hätten, eine Menge geliefert worden, die ausreichend gewesen sei, den nächsten Hafen zu erreichen. — Die erwähnte Nachricht ist wohl mit einigem Zweifel aufzunehmen, da es dem, wie die Haager Meldung beweist, notleidenden spanischen Geschwader in Santiago de Cuba gelangen sein dürfte, Kohlen und Lebensmittel zur Genüge aufzunehmen — allerdings unter der Bedingung, daß Derartige vorhanden war. Und das ist keineswegs sicher. Auch die Insurgenten fangen bereits an Noth zu leiden. So wird aus Key-West gemeldet: Der Präsident der kubanischen Junta der Provinz Cardenas, Ernesto Castro, welcher getrieben am Bord des Kanonenbootes „Anapolis“ angekommen ist, sagt aus, die Aufständischen befinden sich in großem Elend; früher seien Nahrungsmittel aus den Städten in die Landstriche eingeschmuggelt worden; dies sei jetzt unmöglich, da die Bewohner der Städte selbst Hunger litten.

Der Washingtoner Korrespondent des N. Y. Her. meldet, daß das Geschwader unter dem Kommande Schley am Donnerstag von Key-West nach Santiago de Cuba abging und das Geschwader unter Kommande Sampson in der Nacht zum Freitag in der Gie ausgefahren sei. Man nehme an, daß Schley Sonntag und Sampson heute vor Santiago eintreffen würden. Derselbe Korrespondent versichert, nach der Ansicht von Mitgliedern des Kriegsdepartements sei kein Umstand vorhanden, der daran hindere, diese Woche einen Landungsversuch auf Kuba zu machen. Auch befinden die Leiter der Kriegsoperationen darauf, daß auf die Klimaverhältnisse keine Rücksicht genommen werden solle; die Anhänger eines Aufschubs in dieser Sache gäben jedoch dem Präsidenten Mac Kinley bekländig den Rath, die Expedition bis zum Herbst zu verschieben.

Die „Atlantische Zeitung“ meldet aus Madrid: Die spanische Regierung wird heute Zollfreiheit für die Einfuhr aller Lebensmittel erklären. General Blanco empfiehlt die Abwendung von Lebensmitteln, nicht weil sie sofort nöthig sei, sondern weil eine mögliche Unterbrechung der Verbindung das rechtzeitige Eintreffen verhindern könnte. Die Regierung bestimmt zu diesem Zwecke 8 transatlantische Schiffe. In Gibraltar

gehen Gerüchte um, daß eine Expedition von 7000 Mann und Feldbatterien vorbereitet würde, um im Kriegsschiffe Tanager zu befehen.

Paris, 23. Mai. Der „Temps“ meldet aus Madrid, zahlreiche Abgeordnete seien für eine Verstärkung der Wehrpapiererträge mit 25 v. H., der Finanzminister sei jedoch dagegen.

Petersburg, 23. Mai. Die russische Regierung hat die Generalschadts-Obersten Schilinski und Yermolow beauftragt, den Operationen im spanisch-amerikanischen Kriege beizunehmen. Schilinski wird sich in Madrid der spanischen Regierung vorstellen, um sich sodann nach Kuba zu begeben, und Yermolow, zur Zeit Militäraffache in London, wird in Amerika den Bewegungen der Truppen der Vereinigten Staaten folgen.

Vom Prozeß Zola

entnehmen wir der „Post. Zg.“ noch folgende Einzelheiten: Labori erhob sofort Einspruch gegen die Zuständigkeit des Verfallers Schwurgerichts; er begründete seinen Einspruch damit, daß der Gerichtsstand der „Aurore“ und Zola's Paris sei und keinerlei Nothwendigkeit bestehe, für die „Aurore“ einen wohnenden Gerichtsstand zu schaffen, daß ferner ohne jeden zwingenden Grund für diese eine Strafsache eine besondere außerordentliche Schwurgerichtssitzung einberufen worden sei, was gegen den Geist des Gesetzes verstöße. Oberster Staatsanwalt Bertrand: „Ich wundere mich nicht darüber, daß Maître Labori seinem schriftlichen Einspruch seine mündlichen Ausführungen hinzufügt; der Gesagte, der den Einspruch vor Beginn der Verhandlung gestattet, erwartet nicht, daß man sich dieses Mittels bedienen werde, um sich gegen die Rechtsprechung selbst aufzulehnen, denn thatsächlich haben Sie keine Rechtsgründe anzuführen, sondern lehren sich einfach gegen die Gerechtigkeit Ihres Landes auf. Ich erlasse den Gedanken, der Sie bestimmt; Sie wollen nur die nutzlose und empörende Wählerlei verlängern, der man aber ein Ende machen wird. Ich kann Sie dessen versichern, das Gesetz wird Sie trotz Ihrer Schliche zu fassen wissen. Eine Zeitung kann überall verfolgt werden, wo sie gelesen wird. Wir haben den Beweis, daß die „Aurore“ in Versailles gefolgt wurde, folglich sind die Verfallers Geschworenen zuständig. Sie verlangen Pariser Geschworene! Sie sind nicht empfindlich. Alle Geschworenen werden über Sie in gleicher Weise urtheilen; das Land hat von diesem schändlichen Treiben genug, das Sie doch zu nichts führen wird. Auf eine weitere Erörterung brauche ich mich nicht einzulassen, da Sie sie schonen. Ich begnüge mich damit, zu beantragen, daß der Gerichtshof sich für zuständig erkläre.“ Labori: „Auf die heftigen Angriffe des obersten Staatsanwalts antworte ich nicht, ich bleibe möglichst stumm und immer gemäßigt, wie werden uns in Paris wiederfinden, um auf die Sache selbst einzugehen. Was es sein, so werde ich Ihnen auch in Versailles Rede stehen; doch in Paris wie in Versailles werden Sie mich immer bereit finden, Recht und Gerechtigkeit gegen Sie zu verteidigen.“ Zwanzig Minuten später verkündet der Gerichtshof, der sich zur Beratung zurückgezogen hat, daß er den Antrag Labori's verwirft und sich für zuständig erklärt. Daraufhin stellt Labori einen neuen schriftlichen Antrag auf Vertagung der Verhandlung, bis der oberste Gerichtshof über die Berufung entschieden haben wird, die er sofort gegen den Zuständigkeitsbeschluß des Gerichtshofs einlegt. Oberster Staatsanwalt Bertrand: „Ich verneine mich vor dem Gesetze. Von den Pariser Geschworenen verurtheilt, vor den Verfallers Geschworenen ausreichend, werden Zola und Berreux zwar heute nicht gerichtet werden können. Ihre Sache aber ist gerichtet!“ Labori heftig aufstehend: „Ich befreite dem obersten Staatsanwalt das Recht, solche Redensarten zu gebrauchen; es ist nicht wahr, daß wir von den Pariser Geschworenen verurtheilt sind! Eine geschwindige Verurtheilung besteht nicht; alle Welt weiß, daß der oberste Gerichtshof das erste Urtheil nur darum aus einem vielleicht aufreißbaren nebensächlichen Grunde aufgehoben hat, weil er andernfalls gezwungen gewesen wäre, das Urtheil wegen Verweigerung des Verhörs von Boisdeffre und Pellieux aufzuheben.“ (Rufe im Auditorium: „Doch das Ver!“, „Doch das Ver!“) Vorsitzender Perivier: „Ich ermahne die Zuhörer zur Ruhe und stelle fest, daß Maître Labori sie ein wenig verloren hat.“ Labori: „Ich habe nur auf einen heftigen Angriff Bertrand's geantwortet.“ Vorsitzender Perivier: „Ich entziehe Ihnen das Wort.“ Labori: „Ich habe nichts mehr zu sagen!“ Vorsitzender: „Daran thun Sie gut; ich werde jetzt nach dem Gesetze das Urtheil fällen, denn über dem Gesetze steht nichts, hören Sie? nichts und niemand, nicht einmal Zola.“ (Hochrufe im Saale.) Nach einer neuen Beratung verkündet der Vorsitzende, daß die Verhandlung wegen der von Labori eingelegten Berufung vertagt werden müsse. „... Sie haben Ihren Zweck erreicht“, flüst Perivier gegen Labori gewendet hinzu, und zu den Geschworenen sagt er: „Sie können heimgehen, da Herr Zola sich nicht verantworten will.“ (Schreie: „Nieder mit Zola!“) ... Die Verhandlung ist zu Ende! Der Polizeikommissar ersucht Zola ein wenig zu warten, bis alles Nöthige zu seinem Schutze veranlaßt ist. General Luger und einige andere anwesende Offiziere verlassen den Saal und werden draußen von einer inzwischen zusammengeeströmten Menge mit Hochrufen begrüßt. In der vorbereiteten Reihe des Laufens sah man Eberhardy in bürgerlicher Kleidung, daß ich ihm über die Schnauze haue.“ Inzwischen erscheint Zola. Ein betäubendes Geschrei, „Nieder mit Zola!“ „Doch das Ver!“ erhebt sich, die Menge läuft hinter dem Selbstfahrer her, den Zola und seine Freunde befehen und der rasch davonrauscht; sie bedroht die Gruppe mit Fäusten und Stöcken, schreit „Tod Zola!“ „Tod den Verräthern!“ Die Geschwindigkeit des Selbstfahrers und ein Angriff von im Galopp heransprengenden Gardereitern macht der wilden Verfolgung ein Ende. Piquart, der bei der Verhandlung zugegen war, verläßt den Gerichtspalast unbemerkt durch eine Seitenpforte, wird aber am Versailles Bahnhof und wieder in Paris am St. Lazareausgang erkannt, beschimpft, bedroht und mit dem Geschrei: „Spuckt ihn an!“ „Nieder mit dem Verräther!“ „Tod dem Ver-

kaufen!“ verfolgt. Die Abendzeitungen, welche die Berichte über die Verhandlungen enthalten, finden massenhaft Absatz.

Seiner Redakteur des „Jour“, A. Poffien, welcher in drei Artikeln von der Momentphotographie erzählt hatte, die den früheren Militäraffache von Schwarzkoppen und den Oberleutnant Picquart im Gespräch zeigen soll und gegen den Picquart eine Klage eingereicht hatte, wurde gestern von dem Untersuchungsrichter Verthuis vernommen. Er berichtet nun in seinem Blatte beglückwünscht, wie er sich wegen der Photographie hinter das Versteckgeheimniß verhielt und dem Untersuchungsrichter, der bestimmt erklärte, Oberleutnant Picquart — „Der Picquart“ korrigierte ihm Poffien — habe seit seinem Aufenthalt auf dem Mont-Balerien freigegeben nicht verlassen, jede Auskunft hartnäckig und ironisch verweigerte. Der Verthuis verabschiedete ihn mit den Worten: „Auf Wiedersehen! Vielleicht werde ich ein anderes Mal über den Verthuis eines journalistischen Versteckgeheimnisses nicht gleicher Meinung mit Ihnen sein und es anfechten.“

Aus dem Reich.

Wie nunmehr feststeht, wird die Kaiserin den Kaiser zur Enthüllungsfest des Kaiser Wilhelm-Denkmal am 18. Juni nach Altona begleiten und im Schloße der Frau Reichsrath v. Donner Wohnung nehmen. — Die Großherzogin von Baden ist am Sonntag in Koblenz eingetroffen und wurde vom Großherzog und der Großherzogin von Baden und dem Oberpräsidenten der Provinz auf dem Bahnhof empfangen. Gestern Morgen traf der Großherzog von Baden in Koblenz ein. Das Großherzogspaar beabsichtigt, bis Donnerstag in Koblenz zu verweilen und der fürstlichen Familie zu Wies und der Königin von Schweden Besuche abzustatten. — Der Kultusminister v. Doffe hat gestern Abend eine Dienstreise nach Döpreußen angetreten. Der Minister der öffentlichen Arbeiten Thiel hat sich nach Offen begeben. Der kaiserliche Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg hat Urlaub angetreten. Während der Abwesenheit desselben fungirt der erste Sekretär der kaiserlichen Botschaft, Legationsrath Prinz von Righnowsky als Geschäftsträger. — In Berlin ist der Senior-Gef und Mitbegründer des Hauses Bild u. Wessel, Kommerzienrath Wessel, nach längerem Leiden in seinem 69. Lebensjahre verstorben. — Die Zahl der Selbstmorde in Preußen betrug im Jahre 1896 nach der „Statist. Kor.“ 6497 gegen 6174 im Jahre 1895, das also um 323 zugenommen. Unter den Selbstmördern befanden sich 5073 (im Vorjahre 4896) Männer und 1424 (1278) Frauen. Auf 100 000 Lebende kamen im letzten Jahr fünfzig jährlich 19 bis 21 Selbstmordfälle. Das Nachschlagen nach den Beleggründen zum Selbstmord war in 20,5 v. H. aller Fälle ergebnislos. Im Uebrigen ist in mehr als dem vierten Theile der Selbstmorde Selbstmord als Ursache angegeben. Zur Ausführung der Selbstmorde sind Erhängen, Ertränken, Erschießen und Vergiften die bevorzugtesten Mittel. — In fast allen niederrheinischen Städten ist in Folge der Erhöhung der Getreidepreise eine Vertheuerung des Brodes eingetreten. So ist z. B. in Ahrdt das Laib Brod um 15 Pfennige, in M.-Glabach um 20 Pfennige, in Remscheid um 6 Pfennige im Preise gestiegen, und dabei wird von den Bäckermeistern bereits weitere Preisverhöhung für Juni angekündigt. Auch die Fleischschäbchen sind theurer geworden. In Ahrdt und Remscheid werden statt fünf nur noch vier Stück für 10 Pfennige gegeben; in den meisten anderen niederrheinischen Orten ist dagegen der Umfang dieser Bröden erheblich verkleinert worden. — Nachdem die Stadtverwaltung von Offenbach beschlossen hat, das Dttro auf Wehl, Brod und Hülsenfrüchte aufzugeben, ist auch die Bürgermeisterei zu Mainz veranlaßt worden, bei der gegenwärtigen Theuerung der ärmeren Bevölkerung ein Zugeständnis zu machen. Die Dttroverwaltung wurde beauftragt, aufzusuchen, wie hoch der Ausfall für die Stadtkasse sein würde, wenn auch in Mainz das Dttro auf Wehl, Brod und Hülsenfrüchte wegfiel. Den Stadtverordneten wird noch in dieser Woche eine entsprechende Vorlage zugehen. — Am Sonntag wurde auf dem größten Massengrabe bei Mars la Tour-Bionville ein Denkmal errichtet und eingeweiht. Das Grab enthält die Gebeine von 2000—3000 Gefallenen, Deutschen und Franzosen, besonders Kavalleristen aus den großen Vorkämpfen bei Bionville. Sie wurden nach am Abend des 16. August begraben und zwar ungezählt. Erst als ein höherer Offizier hinzukam, wurde etwas ordnungsmäßiger verfahren. Aus diesem Grunde erklärt es sich, daß auf dem großen hüfelförmig angelegten, etwa zweihundert Meter in der Runde messenden Grabe drei Stenre stehen mit der Inschrift: Hier ruhen 2000 bis 3000 deutsche und französische Krieger. Derselbe Inschrift trägt auch das Denkmal, ein großes Steinkreuz auf dreifüßigem, vier Meter breitem Sockel. Ähnliche Denkmäler wird der Verein zur Erhaltung und Schmückung der Kriegergräber“ auch auf den übrigen Massengräbern, sofern nicht die Denkmäler der Truppentheile auf oder neben ihnen stehen, errichten. Der Redakteur der „Götting. Gedenkbogen“-igen Zg., Albert Köhler in Northeim, Sekonde-Lieutenant der Reserve des 82. Infanterie-Regiments, der wegen Theilnahme an einem im Mariäspringer Walde ausgefochtenen Zweikampf mit tödtlichen Waffen (Pistolenduell) zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt worden war, ist jetzt, nachdem er die Hälfte der Strafezeit auf der Zitadelle in Magdeburg verbüßt hat, vom Kaiser begnadigt worden.

Deutschland.

Berlin, 24. Mai. Der Kaiser hat in Ergänzung der Befehlungs-Vorschrift für die Schutztruppen bestimmt, daß die Sanitäts-Offiziere den für die Offiziere vorgeschriebenen Regen mit einer 1 Zentimeter hohen Kaiserkrone an Stelle des glatten Knopfes am oberen Theile des Rockes und zur Heimateins-uniform Anshälfen mit Spornriemen aus naturfarbenem Leder anzulegen haben, ferner die in Deutschland kommandirten Offiziere und Sanitäts-Offiziere zum kleinen Dienstanzuge und zum Gesellschaftsanzuge lange graue Beinkleider mit

